

Die Renten steigen stärker als die Preise

Erhöhung um 4,57 Prozent gilt für West- und Ostdeutschland. Eine Premiere.

Von Rudi Wais

Berlin/Augsburg Darauf haben mehr als 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland gewartet: Ihre Renten werden im Juli um 4,57 Prozent angehoben – die dritte Erhöhung um mehr als vier Prozent hintereinander. Aus einer Rente von bislang 800 Euro wird damit eine Rente von knapp 837 Euro. Wer im Moment 1500 Euro Rente bezieht, erhält künftig knapp 1569 Euro im Monat. Und eine Rente von gegenwärtig 2000 Euro wächst auf 2091 Euro an. Die sogenannte Standardrente von knapp 1700 Euro für 45 Beitragsjahre mit durchschnittlichem Verdienst steigt um 77,40 Euro im Monat.

Dies sei eine gute Nachricht für

„Das ist auch dringend nötig.“

VdK-Chefin Verena Bentele

alle Rentner, betonte die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, gegenüber unserer Redaktion – vor allem im Vergleich zu den noch im Herbst erwarteten 3,5 Prozent. „Jetzt liegt die Erhöhung um zwei Prozentpunkte über der für 2024 erwarteten Inflation von 2,3 Prozent und kann damit die Kostensteigerungen etwas auffangen“, sagte sie. „Das ist auch dringend nötig, denn die Rentenerhöhungen sind in den vergangenen drei Jahren weit hinter der Inflation zurückgeblieben.“

Um Altersarmut wirksam zu bekämpfen, wäre nach Berechnungen des Verbandes allerdings eine Erhöhung von zehn Prozent nötig. Dies ließe sich erreichen, so Bentele, wenn das Rentenniveau nicht schon bei 48 Prozent eines Durchschnittseinkommens stabilisiert würde, wie es die Bundesregierung plant, sondern bei 53 Prozent. Im Moment ist ein Rentenniveau von 48 Prozent nur bis zum Jahr 2025 garantiert. Diese Garantie will die

Koalition bis zum Jahr 2039 fortzuschreiben und dies unter anderem durch etwas höhere Beiträge als bisher geplant und den Aufbau eines Kapitalstocks finanzieren, der an den Börsen Geld für die Rentenversicherung erwirtschaften soll.

Für die kommenden Jahre geht die Bundesregierung nur noch von einer durchschnittlichen Rentensteigerung von 2,6 Prozent pro Jahr aus. Die aktuelle Erhöhung der Renten „verdanken wir dem starken Arbeitsmarkt und den guten Lohnabschlüssen“, sagte der SPD-Sozialexperte Bernd Rützel. Gleichzeitig trete zum 1. Juli auch eine Reihe von Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten in Kraft. Auch der CSU-Sozialexperte Stephan Stracke sprach gegenüber unserer Redaktion von guten Nachrichten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Langfristig aber gelte: „Die Rente ist stark, wenn auch die Wirtschaft stark ist. Deshalb müssen wir alles dafür tun, die lahrende Konjunktur wieder anzukurbeln.“ Hierfür liefere die Ampel keine Lösungen. „Im Gegenteil.“ Durch die Politik der Ampel drohten die Sozialversicherungsbeiträge in den nächsten Jahren massiv zu steigen, warnte Stracke. „Das wird die Wirtschaft massiv belasten. Das der falsche Weg.“

Zum ersten Mal steigen die Renten in den alten und neuen Bundesländern in diesem Jahr im Gleichschritt. 34 Jahre nach der Einheit sei die einheitliche Anpassung in West und Ost ein Meilenstein, sagte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). „Arbeit ist in Ost und West mit Blick auf die Rente gleich viel wert.“ Im vergangenen Jahr waren die Renten in Westdeutschland noch um 4,39 und im Osten um 5,86 Prozent angehoben worden. Stracke sieht die Angleichung auch als ein Werk von CDU und CSU: „Die unionsgeführte Bundesregierung hat 2017 die Angleichung der Rente in den alten und den neuen Bundesländern auf den Weg gebracht.“ Dieser Erfolg trage daher auch die Handschrift von CDU und CSU. [Kommentar](#)